

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Grodenhain Nr. 52.

Nr. 95.

Sonnabend, 24. April 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig, für drei Monate 6 Mark 20 Pfennig, für sechs Monate 12 Mark 20 Pfennig, für ein Jahr 24 Mark 20 Pfennig. Der Preis für den Einzelheft beträgt 20 Pfennig. Die Anzeigen für die Nummer des Tagesabendes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufflagung, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Uchtagige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangor & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Große Straße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Der schweigsame Mussolini.

Mussolinis einstige Taten sind seine Reden. Jetzt, wo er einer aufstrebenden Welt mitgeteilt hat, daß er künftig schweigen wird, wird er interessanter. Man ist etwas fröhlich geworden. Und versucht das Rätsel zu lösen, ob hinter dem Kraftaktivismus des bisherigen Mussolini auch ein Latenteis der Zukunft steckt. Kommt, jubiliert und preist die italienische Großmacht, die sein Duce bisher allerdings nur im Munde geführt hatte. Der römische Kelchboden bringt etwas Klang in die Stimme Mussolinis. Bringt so etwas wie einen Fanatismus, eine Selbstverherrlichung und Selbstbewunderung in das italienische Volk, Erhebungen, die Kraft vortäuschen könnten. Eine eingebildete, mit der Wirklichkeit nicht zu vereinbarende Kraft, die aber das Unangenehme in sich birgt, zu Handlungen hinzureißen, die nicht nur das italienische Volk, sondern auch ganz Europa in eine neue Katastrophe stürzen könnten.

Die Welt ist nicht nur ruhig geworden. Es liegt Repressivität in den Hauptstädten der Großmächte, Spannung, ein schier unerträgliches Abdrücken, der nach Zeit, nach Forderung oder nach einer Explosion ringt. Doch dies sind bis jetzt nur europäische Stimmungen, die zum Glück vielleicht noch keine konkrete Gestalt angenommen haben. Spaziert man aus Europa etwas hinaus und betrachtet sich die Verhältnisse in Angola oder Konstantinopel, so wird man dort Zeichen und Andeutungen feststellen können, die man als den Funken umschreiben könnte, der das Pulverfaß zur Explosion bringen kann. Denn Angola mobilisiert. Es sind zwar nur einige Jahrgänge, die unter die Fahnen gerufen werden. Aber die langen Jügel der in die Kavernen einklinkenden Referenten geben der Atmosphäre etwas Kriegerisches. Vergleiche, die an schwere Zeiten gemahnen und die nicht ohne Einfluß auf die Stimmung und auf die Ruhe der Bevölkerung geblieben sind. Angola beschäftigt zwar Befürchtungen, die laut werden. Und erklärt die Teilnahmefähigkeit als keine Folge oder Begleiterscheinung der Mussolinifügigkeit mit England. Aber die Regierung läßt doch erkennen, daß es sich um Sicherheitsvorkehrungen handelt, die sich in der Richtung mussolinischer Drohungen bewegen. Diesen Verschärfungsversuchen kann jedoch entgegengesetzt werden, daß der aggressive Pathos eines Mussolini und englische Außenpolitik Dinge sind, die einen gewissen Zusammenhang haben, die eine gemeinsame Linie erstrecken, von der aus ein gemeinsames Ziel erreicht werden kann. Mussolini hat in seinen vielen Reden niemals die Türkei erwähnt. War er hier mit seinen Worten auch etwas Sparamer, so holten doch seine Presse und seine politischen Anhänger zweiten und dritten Grades das glückliche nach, was der große Duce förmlich verschwiegen haben wollte. Man kennt den italienischen Traum nach der Südküste Anatoliens. Man weiß, daß die italienischen Militärbehörden in der letzten Zeit mit Heberhafter Eile ihre Truppenkontingente auf den Inseln Rhodus und Castellorico wesentlich verstärkt haben, dort neue Befestigungsanlagen geschaffen haben, alles Fortschritte, die eine Verbindung mit Matri westlich vom Golf von Adalia wesentlich erleichtern könnten. Angola hat gleichfalls mit großer Aufmerksamkeit die italienischen Bemühungen verfolgt, die auf eine Stärkung des Freundschaftsverhältnisses mit Griechenland hinstellen. Und da Angola durch Erfahrungen etwas gewarnt ist, wird es den türkischen Herren nicht schwer gefallen sein, das Geheimnis zu lüften, das hinter all diesen Maßnahmen der letzten Zeit verborgen lag. London—Rom—Athen, die gemeinsame antitürkische Front ist schnell erkannt worden. Sie erwarten, wer der Drahtzieher dieser neuen Konstellation gewesen ist, daß verlangte keine allgroße Kombinationsgabe.

Es kommt ein Weiteres hinzu. Dieser Lage ist der britische Botschafter Sir Kennal Lindsay von Konstantinopel nach Angola abgereist. In seinem Begleiter hat er sich den Obersten Chardin erwählt, eine Persönlichkeit, die bisher starken Einfluß auf die englischen militärischen Operationen im Irakgebiet ausübte. Inwieweit der Reise sind neue Beziehungen mit der türkischen Regierung über die Wollfrage. Das Selbsttun an diesen kommenden Verhandlungen ist, daß auch die Türkei an ihnen eine militärische Persönlichkeit teilnehmen läßt, den General Djedad Paicha. Daraus ist zu erkennen, daß militärische Gesichtspunkte den Charakter der Verhandlungen bedingen werden. Gut informierte, der englischen Botschaft in Konstantinopel nahelebende Presse wollen wissen, daß diesmal England die Masse fallen lassen wird, um einen „leichten Schlag“ zu führen. Das heißt, daß die englischen Vertreter in ultimativer Form die Forderung erheben werden, daß entweder die Türkei den Spruch des Völkerbundes anerkennt, oder — was das „oder“ umschreibt, braucht nicht erläutert zu werden. Die türkische Regierung und die von ihr inspirierte türkische Presse gibt sich zwar das Aussehen einer großen Hoffnungslosigkeit. Dem widersprechen jedoch die Referatsnotizen in den Strahlen. Das sieht so aus, als ob es mit dieser Hoffnungslosigkeit gerade nicht allzuweit bestellt sei und als ob die türkische Regierung, vorzüglich, wie sie nun einmal ist, alles vorbereiten will, um im Falle einer Ueberwindung nicht allzu überrascht zu sein.



U. Hindenburg 1 Jahr Reichspräsident.

Am 20. April ist es ein Jahr her, seit der populärste Mann in Deutschland, Paul von Hindenburg-Benediktendorff, vom deutschen Volke an die erste Stelle der Staatsleitung berufen wurde.

Ein stabiler Block gegen Deutschland.

Das Projekt der „Vereinigten slavischen Staaten“.

* Prag. Der Trinkspruch des polnischen Außenministers Strazynski in Prag, in dem er von einem slavischen Block sprach, war vielfach nur als eine der üblichen Toaktrale aufgefaßt worden. Nunmehr aber veröffentlicht die „Lidove Rovnosti“ einen politischen Situationsbericht aus Warschau, aus dem hervorgeht, daß man in den politischen Kreisen Warschaws ernstlich für die Zukunft an die Schaffung der vereinigten slavischen Staaten denkt. In diesem Situationsbericht heißt es, „alle polnischen Parteien sind sich einig, daß die Einigung der Tschechoslowakei mit Polen den Ausgangspunkt zur Schaffung eines ausgedehnten Blockes von Staaten bilden kann, die sich gegenseitig ihren Bestand und damit auch Europa die Früchte der Friedensverträge sichern würden.“ In diesem Gedanken geht man in Polen über den Plan der künftigen Vereinigten slavischen Staaten zu sprechen, die Hand in Hand mit Frankreich, Rumänien und Italien in Europa einmal ein Gegengewicht gegen das deutsch-russische Bündnis bilden könnten. Die Warschauer Diplomatie rechnet hierbei mit der wohlwollenden Neutralität Englands.

Die polnischen Staatsmänner gehen von der Voraussetzung aus, daß die deutsche Gefahr nach dem Kriege durch nichts von ihrer Aktualität eingestrichelt habe und alle Slawen mehr oder weniger bedrohe. Eine nicht geringe Rolle für diese Warschauer Erwägungen spielen die Hoffnungen, die an den entschiedenen Widerstand Mussolinis gegen den Anschlag Dekretions an Deutschland geknüpft werden. Man erblickt darin auch einen Widerstand gegen die Abschnürung der Tschecho-Slowakei und Polens durch Deutschland, und deshalb wird diese Stellungnahme des italienischen Diktators in Polen als der erste Schritt zur politischen Klärung in Europa bezeichnet. Der zweite Schritt wird von den polnischen Politikern in der polnisch-tschechischen Einigung erblickt und ein weiterer in dem unlängst abgeschlossenen polnisch-rumänischen Vertrag.

Die maßgebenden polnischen Parlamentarier erklären, daß, wenn heute einer der neuen slavischen Staaten, die ihre Selbständigkeit dem Weltkrieg verdanken, angefallen würde, er die Armeen von mindestens zwei weiteren slavischen Staaten und die Rumänien und Frankreichs hinter sich haben würde.

Dr. Best über das Aufwertungs-Volksbegehren.

In einer öffentlichen Volksversammlung in Darmstadt sprach Reichstagsabg. Dr. Best über das Aufwertungs-Volksbegehren für eine gerechte Aufwertung. Der Redner besprach eingehend den von ihm ausgearbeiteten neuen Entwurf und erläuterte besonders die Abänderungen, die dieser an den in Kraft befindlichen Aufwertungsgeetzen vorliefe. Im wesentlichen besagte der Gesetzesentwurf statt der 15- oder 25-prozentigen Aufwertung eine 50-prozentige Aufwertung aller Ansprüche für diejenigen, die ohne Vorbehalt ihre Ansprüche haben lösen lassen, und zwar mit

Mitwirkung bis zum 1. Januar 1919. Auch die Zinsen sollen erhöht werden. Der Redner betonte, daß sein Entwurf durch eine Volksabstimmung durchgebracht werden sollte und teilte mit, daß der Sparbund beschlossen habe, unversichtlich den Antrag auf Volksbegehren bei der Reichsregierung einzureichen. Im Gegensatz zu den Aufwertungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius stelle der Gesetzesentwurf eine gerechte und wirtschaftlich durchaus erfüllbare Lösung der Aufwertungsfrage dar. Einstimmig wurde schließlich eine Entschließung angenommen, in der der Reichstag den Entwurf als eine gerechte und wirtschaftlich tragbare Lösung der Aufwertungsfrage erklärt und für das Volksbegehren eingetreten wird.

Im Reichstagsauschuß für Wohnungswesen

wurde in der Beratung der Novelle zum Mieterschutzgesetz ein Antrag angenommen, wonach bei gewerblichen Räumen eine Aufhebung des Mietverhältnisses auf Antrag des Vermieters ermöglicht wird, wenn der Vermieter einen zu gewerblichen Zwecken vermieteten Raum für eigene gewerbliche Zwecke dringend braucht. Es soll auch, wenn ein solcher Grund nur für einen Teil des Mietraumes vorliegt, die Aufhebung des Mietverhältnisses hinsichtlich dieses Teiles allein verlangt werden können. Ferner beschloß der Ausschuß entsprechend der Regierungsvorlage, daß bei der Aufhebung eines auf Geschäftsräume bezüglichen Mietverhältnisses die Zwangsvollstreckung von der Sicherung eines Ersatzraumes fortan regelmäßig nicht mehr abhängig gemacht werden soll. Für den Mieter derartiger Räume soll ein Ersatzraum im Urteil nur vorbehalten werden, wenn der Mieter nachweist, daß durch eine ersatzraumlose Aufhebung des Mietvertrages dringende öffentliche Interessen gefährdet werden würden, z. B. daß die Entlohnung des Mieters aus dem Mietraum ohne Verrückung anderer Räume Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Dingen, die Einstellung oder Beschränkung lebenswichtiger Arbeiten oder dergleichen zur Folge haben könnte. Das Gesetz kann für eine Räumung eine angemessene Frist gewährt werden.

Zur Arbeitszeitgesetzgebung.

Das Internationale Arbeitsamt in den Erwerbissen der Londoner Konferenz.

* Genf. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts verhandelte gestern vormittag über das Ergebnis der Londoner Konferenz über den Achtstundentag, an der die Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens teilgenommen haben. Im Namen der englischen Regierung gab der Vertreter Wolf die Erklärung ab, daß die englische Regierung sich mit den Einzelheiten der Londoner Aussprache noch nicht hätte befaßen können, weil die englische Kohlenkrise verhindert hätte, dazu Stellung zu nehmen. Doch stelle sie eine baldige Verhandlung der Frage in Aussicht. Der Arbeitgeber Rörberg erwiderte, durch die Erklärung des englischen Regierungsvorgängers Wolf würde die Arbeiterfrage der Welt sehr stark enttäuscht sein.

Der deutsche Regierungsvorgänger Ministerialrat Feis erklärte, daß er keinen Anlaß habe, den Erklärungen der englischen und französischen Regierungsvorgänger etwas wesentliches hinzuzufügen. Die Beschlüsse der Londoner Konferenz wären von der deutschen Regierung weiter ausgearbeitet worden, die gleich nach der Londoner Konferenz einer neuen Prüfung unterzogen worden seien. Die Regierung beabsichtige, diesen Entwurf in aller nächster Zeit den Spitzenverbänden der Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften zur Prüfung zu übermitteln. Der Gesetzesentwurf werde in naher Zukunft von der Reichsregierung und dem Reichstag behandelt werden. Die deutsche Regierung begrüße lebhaft die Uebereinstimmung in der bisherigen Frage der Arbeitszeit zwischen den fünf Staaten.

Der deutsche Arbeitnehmervertreter Hermann Müller begrüßte das in London erzielte Einverständnis als einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeitszeitgesetzgebung. Die Regierungen müßten sich dafür einlegen, daß die Ratifikation des Londoner Abkommens möglichst bald erfolge.

Im Schlußwort betonte Albert Thomas, es sei dringend zu wünschen, daß die Regierungen bald die Ratifikation vorzunehmen würden, da die Arbeitnehmer enttäuscht seien.

Die Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern in Kalkutta.

* Kalkutta. (Reuter.) Im Laufe des gestrigen Tages wurden 49 Personen, die bei den Zusammenstößen zwischen Mohammedanern und Hindus verletzt wurden, in den Krankenhäusern eingeliefert. Zwei Personen sind ihren Verletzungen erlegen. Gestern nachmittag drang eine Gruppe von Mohammedanern in die Markthallen ein und überfiel die mit Wollgeweben handelnden Hindus, von denen vier schwer verletzt wurden. Die mohammedanischen Obsthändler leisteten den angegriffenen Hindus Hilfe und vertreiben die Angreifer. Eine Gruppe von etwa hundert Mohammedanern plünderte ein Getreidelager, wobei ein Hindu Kaufmann verletzt wurde. In das Stadtviertel, wo sich die Unruhen ereignet haben, ist ein starkes Polizeiaufgebot verlegt worden.

Ein Kabinetstück bayrischer Braunkunst ist

„Würzburger Hofbräu“

Man verlange Vertreter: Rich. Schwade es überall. Rieser a. Elbe. Fernruf 49.